Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,000.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 132. Sonnabend den 12. Mai 1883. 77. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

**Sonntag, den 13. Mai,**
**Vormittags nur bis ½9 Uhr**

geöffnet.

**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Das Freibad am Kopfwehr wird am 15. laufenden Monats eröffnet und ist die Beaufsichtigung desselben auch für dieses Jahr Herrn Fischermeister **Carl Wilhelm Meißner** übertragen worden.

Für Benutzung des Bades gelten die unter ⊙ nachstehenden Vorschriften.

Leipzig, am 10. Mai 1883.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Eichorius.

⊙

1) Die Anstalt kann in der Zeit von Morgens 5 bis Mittags 1½ Uhr und von Nachmittags 3½ Uhr bis zum Dunkelwerden unentgeltlich benutzt werden.
2) Die tägliche Schlußzeit wird durch zwei Zeichen mit der Glocke angegeben.
3) Nach dem ersten Zeichen wird Niemand mehr eingelassen, nach dem zweiten haben die Badenden sich sofort aus den Bassins und sodann mit möglichster Beschleunigung aus der Anstalt zu entfernen.
4) Erwachsene werden in das Bad nur gelassen, wenn sie mit Badehosen versehen sind.
5) Die Perrons, Brücken, Aus- und Ankleidestellen, Bassins und sonstigen Räumlichkeiten der Anstalt dürfen in keiner Weise verunreinigt werden.
6) Niemand darf den Anderen bespritzen, untertauchen oder sonst belästigen.
7) Alles unnöthige Schreien, Lärmen und Herumlaufen in der Anstalt ist untersagt.
8) Abwaschungen mit Seife dürfen nur an dem dazu bestimmten Orte vorgenommen werden.
9) Das Ein- und Aussteigen darf nur auf den Treppen geschehen.
10) Die jedesmalige Benutzung der Anstalt ist auf die Dauer einer Stunde beschränkt.
11) Das Mitbringen von Hunden in die Anstalt ist verboten.
12) Das Betreten der Rasenböschungen, das Ueberspringen der Barrièren und das Baden in den Zu- und Abflußgräben ist nicht gestattet.
13) Jeder Besucher der Anstalt hat dem Aufseher auf dessen Verlangen seinen Namen und Stand, sowie seine Wohnung zu nennen.
14) Den Anordnungen des Aufsehers ist unweigerlich Folge zu leisten.
15) Widersetzlichkeiten gegen denselben oder Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe oder Haft, oder auch mit dem Verbote fernerer Benutzung der Anstalt geahndet.

---

Einer hier erstatteten Anzeige zufolge sind Ende vor. Monats **eine Anzahl Werthpapiere** (Pfandbriefe) im Nennwerthe **von 3000 ℳ** in hiesiger Stadt gefunden worden.

Der unbekannte Eigenthümer dieser Papiere, der bisher nicht ermittelt werden konnte, wird hierdurch aufgefordert, sich ungesäumt in unserem Commissariat zu melden.

Leipzig, am 10. Mai 1883.

**Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.**
Bretschneider. Graf.

### Auction.

**Sonnabend, den 12. Mai 1883, 11 Uhr Vormittags** sollen im Auctionslocale des königl. Amtsgerichts 27 Stück zugerichtete, theils weiße, theils schwarze Schaffelle öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 10. Mai 1883.

Thierbach, Gerichtsvollzieher.

## Nichtamtlicher Theil.

### Tonkin.

Die auswärtige Politik Frankreichs hat gegenwärtig ihren Schwerpunct in Asien und Afrika. Daß in Europa für die französischen Waffen keine Lorbeern blühen, davon ist man in Paris so sehr überzeugt, daß man sich grellend in die dira necessitas (die grause Nothwendigkeit) fügt und sich darauf beschränkt, den überquellenden Empfindungen durch hochtönende Phrasen Ausgang zu verschaffen, ein Feldzug gegen den deutschen Turnverein unter Führung Deroulède's muß der vergeblichen Sehnsucht nach der Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens als Ableitung dienen und gewährt ihnen auch thatsächlich einige Befriedigung. Aber dafür werden die französischen Fahnen in Nord- und Mittelafrika, in Tunis, am Congo und in Madagaskar aufgepflanzt und die Ausbreitung der Macht Frankreichs in Ostasien betrieben. Die Völkerschaften jener unchrislichsten Länder sind leichter zu unterjochen, als die „ewig Gestrigen" Deutschen, die töten carrion, wie der Spitzname lautet, welchen uns die Franzosen verliehen haben. Nun, auch die transatlantischen Scherze haben ihre ernste Kehrseite und die Abenteurerpolitik, welche in Frankreich jetzt so schwungvoll betrieben wird, dürfte den Franzosen noch manche schwere Stunde bereiten. Ueber die Verhältnisse in Tonkin hat der Marineminister vor einigen Tagen ganz seltsame Mittheilungen gemacht. Mit China ist Frankreich wegen Tonkin in hellem Kampf begriffen. Der Minister läßt es zwar ungewiß, ob der Krieg schon ausgebrochen ist, oder ob er nur erst bevorsteht, aber er selbst scheint in dieser Beziehung starke Besorgnisse zu hegen. Der Angriff, welcher am 20. März auf Hanoï erfolgte, ging, wie er sich ganz cavalièrement ausdrückte, von 4000 Anamiten oder „Chinesen" aus und außerdem fügte er hinzu, daß 2000 Chinesen in Tientsin marschfertig wären, deren Bestimmung unbekannt sei. Zur Beruhigung theilte er aber im Vertrauen mit, daß die französische Streitmacht in Tonkin und Cochinchina 33 Bataillone betrage, denen nächstens ein weiteres Bataillon und drei Gebirgsbatterien folgen werden. Das genüge, um China in Schach zu halten und die Bevölkerung zu beruhigen, die nach dem Protectorat verlange. Die Motivirung des Streites in Tonkin macht sich die französische Regierung ziemlich leicht; sie findet, daß der Kaiser von Anam nicht im Stande sei, die Sicherheit in seinem Lande aufrecht zu erhalten und fühlt sich deshalb verpflichtet, im Lande definitiv festen Fuß zu fassen und dem Tütüc das französische Protectorat aufzudringen. Der Tütüc — so nennt sich der Kaiser von Anam, würde kaum in der Lage sein, der gegen ihn geübten Gewalt Widerstand zu leisten, aber er befindet sich in einer Art von Vasallenverhältniß zu China, welches die Schutzherrschaft über sein Kaiserthum ausübt und dadurch kommt Frankreich in Collision mit dieser Hauptmacht Ostasiens. Dadurch bekommt die Angelegenheit eine ganz andere Gestalt, sie verwandelt sich aus einem Abenteuer in einen weitaussehenden gefährlichen Krieg, welcher Jahre lang dauern, viele Millionen kosten und Frankreichs Kräfte nutzlos vergeuden wird, bis man sich schließlich genöthigt sehen wird, wie im Jahre 1867 in Mexiko, unverrichteter Dinge wieder abzuziehen.

Frankreich unterschätzt augenscheinlich die Macht Chinas, man erinnert sich des letzten Kampfes, welchen man im Verein mit England gegen China führte und welcher die französischen Waffen bis nach der chinesischen Hauptstadt Peking trug, man glaubt, daß die Chinesen seit der Zeit einen Schrecken vor der Macht Frankreichs haben und sich wohlweislich hüten werden, wieder mit ihnen anzubinden. Seitdem sind aber mehr, als zwei Jahrzehnte vergangen, China hat sich den europäischen Mächten genähert und hat besonders seine Aufmerksamkeit auf die militairischen und die Marine betreffenden Verhältnisse gerichtet. China hat seine Infanterie mit Repetirgewehren bewaffnet, läßt auf deutschen Werften Kriegsschiffe bauen, armirt diese und seine Festungen mit Krupp'schen Kanonen, es weiß also sehr wohl, daß ihm von Europa her Gefahren drohen, denen es rechtzeitig begegnen muß, um im Falle eines neuen Kampfes besser gerüstet zu sein, als im Jahre 1860, als Palikao seinen Einzug in die chinesische Hauptstadt hielt. Frankreich hat gegenwärtig etwa 5000 Mann in Cochinchina und Tonkin versammelt und der Marineminister nennt das eine imposante Macht, vor welcher die Chinesen in ehrfurchtsvollem Scheu zurückweichen würden. Das ist denn doch eine sehr bedenkliche Auffassung gegenüber einem Reich von 400 Millionen, welches sichtbare Anstrengungen macht, um sich mit den Ergebnissen europäischer Kriegskunst bekannt zu machen und die chinesische Armee und Marine danach umzuformen. Die Franzosen trösten sich damit, daß China keine Eisenbahnen habe, sie vergessen aber, daß die Communication mit Tonkin zur See von der chinesischen Küste aus doch bei weitem leichter zu bewerkstelligen ist, als von Frankreich aus und daß China in Bezug auf seine Marine kein zu verachtender Gegner ist. Bevor das Ersatz-Bataillon und die drei Gebirgsbatterien, welche Frankreich nach Tonkin schickt, den Weg von Toulon nach Tonkin zurückgelegt haben, kann von China aus die zehnfache Macht dorthin geworfen werden und wenn die chinesischen Truppen sich auch nicht mit den französischen messen können, so werden sie ihnen doch genug zu thun geben und die Lage der Franzosen wird mit jedem Tage schlimmer, um welchen sich der Kampf verlängert.

Ueberdies ist eine transatlantische Frage heute in ganz anderem Sinne aufzufassen, als vor 20 Jahren. Heute schickt die Königin der Hovas in Madagaskar ihre Gesandten nach Europa und Amerika, um mit den Großmächten Handels- und Schifffahrtsverträge abzuschließen, Leute, welche wie Rabaudaudrimiarivo, der madagassische Ministerpräsident, selbst erklären, daß sie noch vor 20 Jahren wie Wilde in ihren Höhlen lebten, zeigen heute beachtenswerthes Verständniß für die Vortheile europäischer Cultur, sie schwingen sich sogar zu diplomatischen Feinheiten auf und sind sich sehr wohl der Tragweite der Verträge bewußt, welche sie in London, Washington und Berlin abschließen, sie wissen, daß sie dadurch von England, von den Vereinigten Staaten und von Deutschland als existenzfähige und existenzberechtigte Nation anerkannt werden, welche auch auf den Beistand ihrer Freunde im Fall der Noth Anspruch hat. Angesichts solcher Erfahrungen erscheint der Leichtsinn der Franzosen, mit welchem sie sich kopfüber in die gefährliche Unternehmung gegen Tonkin stürzen, geradezu unbegreiflich. In Madagaskar haben sie rechtzeitig die schon ausgestreckten Hände zurückgezogen in vorsichtiger Erwartung der Dinge, welche sich dort entwickeln könnten, um so tollkühner und kopfloser gehen sie gegen den Tütüc vor, von welchem sie wissen, daß ihm kein europäischer, sondern nur asiatischer Schutz zu Gebote steht. Die Verwickelung beginnt soeben erst und wenn es den Franzosen auch gelungen ist, einen Angriff der Chinesen und Anamiten auf Hanoï zurückzuschlagen, so ist damit noch sehr wenig gewonnen. Wir können uns alsbald auf weitere Nachrichten über den Gang der Dinge in Ostasien gefaßt machen und wir fürchten, sie werden den Erwartungen der Franzosen nicht entsprechen.

---

### Leipzig, 12. Mai 1883.

* Aus ultramontanen Quellen wird jetzt Einiges über den Inhalt der neuesten preußischen Note an die Curie und deren Aufnahme in Rom bekannt. Es liegt kein Grund zum Zweifel vor, daß die römischen Nachrichten der deutschen klerikalen Blätter im Wesentlichen richtig sind; sie enthalten nach dem, was man in jüngster Zeit über die Absichten der Regierung gehört hatte, nicht gerade etwas Ueberraschendes. Das von Seiten der Regierung angebotene Zugeständniß soll danach in der Aufhebung der Strafandrohungen gegen die rein geistlichen Handlungen des Messelesens und Sacramentespendens bestehen, also in der Gewährung der Forderung des bekannten Windthorst'schen Antrags, der vor Kurzem erst das preußische Abgeordnetenhaus aufs Eingehendste beschäftigte. Daß die Regierung dieses Zugeständniß angeboten hat, kann nach ihrer Haltung bei jenen Debatten, wenn sie gleich den Windthorst'schen Antrag als einen störenden Eingriff in die schwebenden Verhandlungen zurückwies, und nach dem, was über die Stellung des Reichskanzlers zu der Frage verlautete, nicht überraschen. Wurde ja doch vor einigen Wochen aus guter Quelle bekannt, daß eine neue kirchenpolitische Vorlage im Wesentlichen mit eben jenem Inhalt in Vorbereitung war. Als Gegenleistung für dieses wahrhaftig nicht geringfügige, der Seelsorgernoth und den lautesten Klagen des katholischen Volks mit einem mal ein Ende machende Zugeständniß soll nun die Anerkennung der Anzeigepflicht gefordert worden sein, eine Forderung, welche die Kirche anderwärts unbedenklich gewährt und von welcher der Papst selbst anerkannt hat, daß sie ein kirchliches Princip nicht verletze und „geduldet" werden könne. Bei dem geringsten Maß von gutem Willen auf kirchlicher Seite hätte auf Grund dieser Note eine Verständigung, wenn nicht über die Principienfragen des Verhältnisses von Staat und Kirche — eine solche ist mit der Curie überhaupt nicht möglich —, wohl aber über die praktisch wichtigsten Gegenstände des Streits erzielt werden können. Welche Aufnahme aber hat das neueste Anerbieten bei der Curie gefunden? Kühle Ablehnung, schroffe Zurückweisung. Die Curie zieht sich hinter das unfaßbare, Alles in sich begreifende und eben darum ganz nichtssagende Wort der „organischen Revision der Maigesetze" zurück; die Regierung hat wieder einmal ein außerordentlich weitgehendes Entgegenkommen bewiesen und die Curie spricht ihr kühles Bedauern aus, die geforderte geringe Gegenleistung nicht bieten zu können. Diejenige „organische Revision der Maigesetze", mit der die Ultramontanen zufrieden wären, würde man besser als die gründlichste Zerstörung der ganzen kirchenpolitischen Gesetzgebung bezeichnen; was übrig bliebe, wäre wirklich des Conservirens nicht mehr werth. Ueberraschen kann uns freilich diese ablehnende Haltung nicht. Wir haben immer darauf hingewiesen, wie die fortgesetzten Beweise der Friedensbedürftigkeit der preußischen Regierung nur die Ansprüche der Curie steigern müssen, wie die Wahrnehmung, daß das Centrum zur „Regierungsmajorität" unentbehrlich ist und daß die Mehrheit der Volksvertretung sich im Entgegenkommen gegen die kirchlichen Forderungen kaum mehr zügeln läßt, in Rom Stimmungen und Hoffnungen erzeugen muß, deren Ueberspannung sich in der Aufnahme der neuesten Friedensvorschläge wieder einmal kund giebt. Man hat die jüngste preußische Note als Ultimatum bezeichnet. Wir hoffen, daß sie nach den wiederholten bitteren Erfahrungen ein solches nun wirklich sein wird. Daß die Curie den Frieden nicht will, sollte doch allmählich auch dem Vertrauensvollsten klar werden. Es ist an der Zeit, ihr die Initiative zu überlassen, wenn wirklich diese unersprießlichen und demüthigenden Verhandlungen endlich einmal eine erfolgversprechende Wendung nehmen sollen.

* Der Entscheidung des Reichstags über die Holzzölle hat man mit Recht eine über die speciell vorliegende Frage hinausgehende Bedeutung beigelegt. Ganz richtig aber hat man diese Bedeutung wohl nicht überall erkannt. Von einer freihändlerischen Mehrheit im gegenwärtigen Reichstag wird man mit Recht auf Grund dieses Beschlusses noch nicht sprechen dürfen. Es waren unter denjenigen, welche die Vorlage verwarfen, genug Mitglieder von ausgesprochen schutzzöllnerischer und noch mehr von gemäßigter vermittelnder Richtung der Zollpolitik, die man unter die Freihändler nicht ohne Weiteres einreihen darf. Mit Recht wird man nur das Vorhandensein einer Majorität constatiren dürfen, welche die „ärztliche Probe" entschieden durchzuführen und den hinter den erhöhten Holzzöllen lauernden maßlosen agrarischen Forderungen von vornherein den Weg zu verlegen entschlossen ist. Wir sehen eine Majorität der Ruhe in der Zollpolitik vor uns. Gegen einen freihändlerischen Ansturm auf den bestehenden Tarif würde sich ohne Zweifel ebenso gut eine Mehrheit im gegenwärtigen Reichstag finden wie gegen das ewige Rütteln an demselben von der entgegengesetzten Seite. Die Reichs-Regierung hat mit ihren Vorschlägen zur Abänderung des Zolltarifs in dieser und der vorigen Session wiederholt schwere Niederlagen erlitten. Man kann nur wünschen, daß sie sich diese Erfahrungen zu nutze macht. Es giebt kaum eine andere Frage, welche unser ganzes politisches Leben und die natürgemäße Gestaltung der Parteiverhältnisse so unheilvoll beeinflußt hat wie die Zollfragen. Statt die Gegensätze auf diesem Gebiet sich beruhigen und auch die Gegner an das nun einmal Bestehende sich gewöhnen zu lassen, was der Dauer und Anerkennung der herrschenden Zollpolitik gewiß nur zu Gute gekommen wäre, hat man jedes Jahr kleinere und größere Aenderungen durchzusetzen versucht, mit diesen Vorschlägen immer neue Erregung erzeugt und die Gegner herausgefordert, auch ihrerseits an dem Bestehenden zu rütteln. Das war ein großer Fehler und hat sich durch wiederholte Niederlagen gerächt. Ruhe in der Zollpolitik, ist die Lehre der jüngsten Entscheidung des Reichstags.

* Nachdem am Donnerstag das preußische Herrenhaus noch eine Sitzung abgehalten, sind die parlamentarischen Ferien vollständig geworden. Das Herrenhaus hat die Secundärbahn- (oder wie Herr Stephan vorschlug, Nebenbahn-)Vorlage nach den Beschlüssen des anderen Hauses angenommen. Von Interesse war eine Darlegung des Ministers Maybach über die finanzielle Lage der Eisenbahnverwaltung. Die Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung für 1882/83 beziffern sich danach auf etwa 20 Millionen Mark, ein glänzendes finanzielles Ergebniß, auf das der Minister mit gerechter Befriedigung hinweisen konnte. Die Zeit für die nächste Sitzung des Herrenhauses ist noch nicht bestimmt. Es wird nunmehr zunächst die Commissionsberathung über die Verwaltungsgesetze stattzufinden haben.

* Die Wiener „Presse" bringt, wie ein Privattelegramm der „Nat.-Ztg." meldet, die Nachricht von der bevorstehenden Ernennung des Grafen St. Vallier zum französischen Botschafter am Wiener Hofe an Stelle des Grafen Duchâtel. Unter den zahlreichen Candidaten, deren Aussichten seit der Erledigung des Wiener Postens als hoffnungsreich bezeichnet worden sind, taucht der Name des Grafen St. Vallier hier zum ersten Male auf. Bei der prononcirten Stellung, welche derselbe nach seiner Abberufung von Berlin in den Frankreich bewegenden kirchenpolitischen Fragen eingenommen hat, bedarf die Mittheilung des Wiener Blattes indeß noch der Bestätigung, ebenso wie die von anderer Seite in Umlauf gesetzte Nachricht, wonach Waddington gegründete Aussicht hätte, den Grafen Duchâtel zu ersetzen.

* In Wien ist die industrielle und gewerbliche Sachverständigen-Versammlung, das sogenannte „Arbeiter-Parlament", geschlossen worden, ohne der Lösung der Arbeiterfrage besonders nahe gerückt zu sein. Die Feudalen und Ultramontanen, welche die Versammlung einberufen, konnten sich nicht enthalten, gegen die Fabrikanten und übrigen „liberalen Geldmenschen" loszuziehen, wobei sie von den anwesenden Socialdemokraten selbstverständlich kräftigst unterstützt wurden. Bemerkenswerth ist die Abschiedsrede des ultramontanen Vorsitzenden der Versammlung, der sich sichtlich bemühte, den Socialdemokraten freundlich entgegen zu kommen. In dieser Rede heißt es unter Anderm: „Wir haben Sie eingeladen, um Ihre billigen Wünsche zu vernehmen und Sie, den schwächeren Theil, zu schützen und zu retten von der Freiheit des Verhungerns. (Beifall und Rufe: Sehr gut!) Wenn wir den Arbeiter schätzen, schätzen wir auch den redlichen Fabrikanten. Die socialdemokratischen Lehren, die hier vernommen wurden, sind nicht neu. Nicht der Ordnungsruf des Vorsitzenden, nicht die kleinlichen Maßregeln der Polizei, ja selbst nicht die Macht der Bajonnette können solchen Grundsätzen gegenüber ausreichen". (Stürmischer Beifall seitens der Socialdemokraten.) Der Vorsitzende erinnert nun an den ersten Socialistenführer Spartakus, welcher die Götter geleugnet und zur Anwendung von Gewalt aufgefordert habe, ferner an Lassalle und spricht seine Ueberzeugung aus, daß die Lösung der socialen Frage nur dann möglich, wenn die Gesellschaft wieder zur positiven Religion, zu Gott zurückkehre. Man müsse aber auch jene verderblichen wirthschaftlichen Grundsätze bekämpfen, die direct zur Socialdemokratie führen. — Der Socialdemokrat Höger dankt im Namen der Arbeiter dem ultramontanen Vorsitzenden Zallinger für dessen unparteiische Leitung der Verhandlungen und spricht die Hoffnung aus, daß diese doch einigen Nutzen für die Arbeiter stiften dürften. Darauf erwidert der Vorsitzende, ein Lob aus solchem (socialdemokratischen) Munde sei für ihn hocherfreulich und erklärt alsdann die Versammlung für geschlossen. Ultramontane und Socialdemokraten schütteln sich zum Abschiede die Hände.

* Ein Belgrader Correspondent übermittelt der officiösen „P. C." eine Analyse des ersten Hirtenbriefes, welchen der Metropolit Theodosije an „die Geistlichkeit und alle orthodoxen Christen" gerichtet hat. Der Inhalt dieser Kundgebung, die in allen Kreisen der Bevölkerung tiefen Eindruck gemacht hat, ist folgender:

Nach Berührung des Kirchenzwistes constatirt der Hirtenbrief, daß die Weisheit des Königs den Frieden mit kräftiger Hand hergestellt hat. Das Wohl der Kirche höher als Alles stellend, habe der Metropolit seiner durch vierzigjährigen Dienst wohlverdienten Ruhe entsagt, um eine heilige aber auch schwierige Aufgabe zu erfüllen. Vom Geiste des Friedens und der Liebe geleitet, fordert der Metropolit die Geistlichkeit auf, allem Kampfe und aller Gehässigkeit zu entsagen und sich nur dem Dienste des Evangeliums zu widmen. Wenn der Pope seine Thätigkeit auf seinen heiligen Beruf beschränkt, diene er damit am besten auch dem Vaterlande. Das Princip der Arbeitstheilung müsse überall durchgeführt werden und der Pope habe mit der Politik, in deren Dienste andere Kräfte stehen, direct Nichts zu schaffen. Die Diener des Altars haben nur einen Beruf, und diesem müssen sie sich ganz und ungetheilt widmen. Der Staat verlangt, daß die Kirche der alten Pflicht, die da heißt: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist!" gerecht werde. Man müsse die Bürger über ihre großen Pflichten dem Staate gegenüber belehren, aber nicht selbst in das staatliche Gebiet hinübergreifen. Im Gegentheile. Man muß Allen lehren, den staatlichen Autoritäten zu gehorchen. Die Kirche ist auf die Erhaltung guter Beziehungen zum Staate im eigenen Interesse angewiesen. Der serbische Staat leistet ja ehrlichen Beistand, daß die berechtigten Interessen der Kirche gewahrt werden. Auf Kosten des Staates werden die Kirchendiener erzogen, der Staat erhält die Seminarien, sorgt für das materielle Gedeihen des geistlichen Standes und bemüht sich, die Grundlagen für die Entwickelung alles Wissens auch in der Kirche zu schaffen. Darum sei es eine der ersten Pflichten der Popen des Staates, die Gesetze zu respectiren, den Trägern der weltlichen Macht Gehorsam entgegenzubringen. Zum Schlusse fordert der Metropolit alle Christen orthodoxen Glaubens auf, dem großen Principe der Gerechtigkeit gegen Untergebene, der Barmherzigkeit gegen Bedürftige, der Liebe gegen Alle treu zu bleiben.

* Aus Cettinje wird noch über die Ankunft des Fürsten Alexander von Bulgarien gemeldet: „Der Fürst von Bulgarien ist am Dienstag unter Glockengeläute und Kanonenschüssen in den ersten Vormittagsstunden hier eingetroffen. In Cattaro wurde derselbe durch einen Adjutanten des Fürsten, an der Grenze durch den Minister des Aeußern, Stanko Radenics, begrüßt und über Njegus, wo ein Dejeuner eingenommen wurde, nach Cettinje geleitet. Fürst Nicolaus mit seinen Ministern und einer Militair-Brigade erwarteten den Gast in einem eine halbe Stunde weit von Cettinje entfernten Dorfe. Bei der Ankunft umarmten und küßten sich die beiden Fürsten in herzlichster Weise. Die Ortsältesten Cettinjes überreichten beim Betreten der Stadt dem Fürsten Brod und Salz mit einer Ansprache, in welcher sie auf die bestehenden Bande der Brüderlichkeit und Freundschaft zwischen Bulgarien und Montenegro hinwiesen. Fürst Alexander erwiderte dankend und sagte, daß er hocherfreut sei, die Hauptstadt der tapferen Montenegriner zu besuchen. Nachdem die in Parade vor dem Palais aufgestellten Truppen defilirt hatten, folgte der Besuch der Kirche, wo der Metropolit im vollen Ornate mit zahlreicher Assistenz dem Fürsten Alexander das Kreuz reichte und den Segen spendete. Nach dem Tedeum begaben sich die beiden Fürsten in das Palais, wo Fürst Alexander von der Fürstin von Montenegro, dem Thronfolger und den Prinzessinen bewillkommnet wurde. Die Stadt prangt im Fahnenschmucke in bulgarischen und montenegrinischen Nationalfarben, die Häuser sind mit Guirlanden, Festons ꝛc. geziert. In den Gassen wogte eine große Menschenmenge. Abends fand Illumination und Fackelzug statt. Der Empfang war ein herzlicher und enthusiastischer."

* In den Pariser officiellen Kreisen trägt man sich, dem Vernehmen nach, mit dem Plane, bei den großmächtlichen an Höfen beglaubigten französischen Botschaftern Marine-Attachés zu creiren. Zur Zeit besitzt nur die Londoner Botschaft einen solchen Attaché; doch empfindet man das Unzulängliche dieser vereinzelten Einrichtung, namentlich seit dem bedeutenden Aufschwunge, den die deutsche und die italienische Seemacht genommen hat. Es kommen für die neu projectirten französischen Marine-Attaché-Posten daher zunächst die Höfe von Berlin und Rom, eventuell auch St. Petersburg in Betracht.

* Am 14. d. M. soll bekanntlich die Hinrichtung der Phönixpark-Mörder stattfinden. Es entspricht ganz den wahnsinnigen Theorien der Dynamit-Fanatiker à la O'Donovan Rossa, wenn sie den von der englischen Justiz zu übenden Vergeltungsact als eine an ihre eigene Adresse gerichtete Herausforderung auffassen und demzufolge für den Hinrichtungstermin mit Repressalien drohen. Bei der peinlich scharfen Controle, welcher seitens der britischen Sicherheitsbehörden aller Verkehr verdächtiger Personen und verdächtiger Güter zu Wasser und zu Lande unterworfen wird, sind die Attentatsdrohungen der Dynamitverschwörer leichter ausgestoßen als verwirklicht.

SLUB
Wir führen Wissen.